

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 11. Oktober 1928

10. Jahrgang Nummer 238

Erstausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,50 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 M., unter Einheitsband 8,00 M. Anzeigenpreis: Die gesondelten Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verammlungsanzeigen 6 Pf. Restausgabe: Die gesondelten Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kredithofstraße 50, Telefon 500 89. Post-Adressen: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kredithofstraße 50, Telefon 239 02. Expedienten: Breslau, von 12-18 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gietow, Wilhelmstraße 26, Telefon 4088; Gellitz, Sunig 6, Telefon 2884. Geschäftszeit: 9-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“-Breslau, Fil. Breslau, Kredithofstr. 50.

Das Präsidium des ZKRS. zu Hamburg

Das Präsidium des ZKRS. hat mit Hilfe einer Kommission alle mit der Angelegenheit des früheren Hamburger Pol-Sekretärs W. T. zusammenhängenden Fragen auf das gewissenhafteste untersucht und nach Berichterstattung der Kommission die an anderer Stelle des Blattes veröffentlichte Resolution einstimmig und ohne Stimmhaltungen beschlossen.

Die Resolution stellt zunächst fest, daß das Zentralkomitee richtig gehandelt hat, als es W. T. aus der Partei ausgeschlossen hat. Dagegen lehnt das Präsidium des ZKRS. die Stellungnahme des Zentralkomitees gegenüber dem Genossen Thälmann auf das entschiedenste ab. Der Fehler im Verhalten des Genossen Thälmann bei den Hamburger Vorkommnissen bestand darin, daß er nicht sofort dem Zentralkomitee Mitteilung von der Unterschlagung W. T. machte, als er hiervon Kenntnis erhielt. Das Präsidium stellt jedoch ausdrücklich fest, daß weder der Genosse Thälmann noch die drei Hamburger Funktionäre, die Genossen Rief, Presche und Scheer, auch nur im entferntesten daran dachten, die Angelegenheit zu vertuschen. Die Untersuchung hat ergeben, daß die vier Genossen sich so verhalten haben, daß der Vorwurf der Deckung der Verfehlungen von W. T. ihnen gegenüber nicht in Frage kommen kann. Die Resolution stellt aus diesem Grunde fest, daß die genannten Genossen „ausschließlich aus dem Bestreben heraus, den Zeitpunkt und die Form für die Maßregelung W. T. so zu wählen, daß die öffentliche Erledigung der Angelegenheit mit möglichst geringem Schaden für die Partei erfolge und von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nicht ausgenützt werde, der KPD. und der Komintern die Durchführung der äußerst wichtigen Kampagne zu erschweren“, d. h. aus Sorge um die Partei, aus besten Motiven gehandelt haben.

Im dritten Absatz der Resolution wendet sich das Präsidium des ZKRS. entschieden gegen das Verfahren und die Art der Erledigung des Falles durch die Beschlüsse des ZKRS. Ehe das ZKRS. die Angelegenheit dem ZKRS. unterbreitet hätte, hat es in diesem Falle Urteile gefällt und diese Urteile der Öffentlichkeit preisgegeben, so daß das ZKRS. vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde und lediglich als Revisionsinstanz wirken konnte. Aufgabe des ZKRS. wäre es gewesen, das ZKRS. vor der entscheidenden Behandlung des Falles zu benachrichtigen und mit ihm zusammen die Angelegenheit im Interesse der Partei zu erledigen. Diesen notwendigen Schritt hat das ZKRS. unterlassen und damit ein Verfahren vorgekommen, das mit der internationalen Disziplin der kommunistischen Weltpartei nicht im Einklang steht.

Das Präsidium des ZKRS. ist weiter der Ansicht, daß das ZKRS. die Partei im Stadium des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen die Klassenfeinde wenige Tage vor dem Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern unter keinen Umständen einer solchen Belastungsprobe aussetzen durfte, wie das durch die veröffentlichten Beschlüsse geschehen ist. Das ZKRS. hätte sich nicht durch das Geschrei des Renegaten Urbahns und der sozialdemokratischen Zufahrer der Bourgeoisie in seinen Entscheidungen beeinträchtigen und zu unüberlegten Handlungen verleiten lassen dürfen.

Das Präsidium des ZKRS. stellt vor allem die wirklichen Ursachen und die Hintergründe fest, die zu dem großen Fehler in den Beschlüssen des ZKRS. geführt haben. Hier wird offen und unumwunden ausgesprochen, daß das ZKRS. einem ordinären Fraktionsmanöver zum Opfer gefallen ist. Dieser Fraktionsvorstoß, der dadurch Kraft erhielt, daß die Rechten und die versöhnlerischen Gruppen innerhalb der Partei einheitslich auftraten, hat der Partei den größten Schaden zugefügt. Jene Mitglieder des ZKRS., die auf dem Boden der Parteiloyalität stehen, haben nicht sofort die wirklichen politischen Hintergründe des fraktionellen Vorstoßes gesehen und ließen sich zu unverständlichen Beschlüssen verleiten, die objektiv gegen die politische Linie der Partei und der Komintern gerichtet waren. Nachdem die Rechten und die versöhnlerisch gestimmten Genossen durch die Beschlüsse des 6. Weltkongresses verurteilt waren, und nachdem die Kongressbeschlüsse es der KPD. zur Pflicht machten, einen entschiedenen Kampf gegen die Träger der rechten Gefahren, wie auch zur Überwindung der versöhnlerischen Strömungen aufzunehmen, schritten beide Gruppen noch vor der Berichterstattung im Kreise der Mitgliedschaft dazu, durch den hinterhältigen Ueberfall gegen den Genossen Thälmann die Mehrheit der Partei in Verwirrung zu bringen und die disziplinierte

Durchführung der Kongressbeschlüsse innerhalb der Partei zu verhindern. Das war der strategische Plan des Blokes der rechten und der versöhnlerischen Gruppe. Das ZKRS. stellte diese scharf belastenden Tatsachen fest an Hand des Materials, wie es aus den verschiedenen Sitzungen des Pol-Büros und des ZKRS. vorlag, in denen die Vertreter der Rechten und einige Versöhnler ganz offen die Liquidierung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses forderten.

Das Präsidium des ZKRS. begnügt sich nicht damit, den schweren Fehler in den Beschlüssen des ZKRS. zu korrigieren, sondern es verlangt auch, um ähnlichen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen, entsprechende Garantien im Wege von organisatorischen Maßnahmen. Diese Garantien sollen bestehen in einer solchen Zusammensetzung der leitenden Parteiglieder, die eine Gewähr dafür bieten, daß keinerlei fraktionelle Uebergriffe mehr möglich sind, und in einer scharfen Kampagne zur Liquidierung aller fraktionellen Gruppen sowie zur Liquidierung aller rechten Tendenzen und aller versöhnlerischen Strömungen.

Das Präsidium stellt ausdrücklich fest, daß das ZKRS. der Partei unter der Führung des Genossen Thälmann sowohl vor als nach dem Essener Parteitag eine richtige politische und organisatorische Linie durchgeföhrt, und daß sich die Partei einen großen Einfluß in den Massenorganisations des Proletariats und in der gesamten Arbeiterschaft, besonders in den großen Betrieben in Deutschland gesichert hat. Zu diesen Erfolgen hat nicht unwesentlich die große Popularität des Genossen Thälmann beigetragen.

Aus allen diesen politischen Gründen spricht das Präsidium des ZKRS. dem Genossen Thälmann das volle politische Vertrauen aus und beschließt ausdrücklich, daß er sofort wieder alle ihm vom Essener Parteitag der KPD. und vom 6. Weltkongress der Komintern auf-

erlegten Funktionen unverzüglich zu übernehmen hat. Das bedeutet die vollständige politische und moralische Rehabilitierung des Führers der kommunistischen Partei Deutschlands.

Die innerparteilichen Ereignisse seit dem 26. September bis heute brachten der Partei eine große Lehre und große Erfahrungen. Die Partei hat gesehen, wie verhängnisvoll und gefährlich es ist, wenn durch Fraktionsbildung die Gegensätze in der Partei so verschärfert werden, und wenn die Fraktionsinteressen berart über Parteilinteressen gestellt werden, daß die Partei der Verleumdungskampagne der Gegner ausgeliefert und vor der gesamten Öffentlichkeit kompromittiert wird. Die Resolution fordert ausdrücklich, daß das ZKRS. in allen Bezirken einen andauernden ideologischen Kampf gegen die rechten Strömungen innerhalb der Partei und gegen die versöhnlerischen Gruppen führen muß, um einen einheitlichen Parteitag zu erreichen. Einen Parteitag, der der Partei eine Leitung geben wird, die verbunden mit allen Organen der Partei bis zu den Betriebszellen, einen einheitlichen ehernen Block als revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats bilden wird. Indem das Präsidium des ZKRS. die Aufmerksamkeit der gesamten Mitgliedschaft der KPD. auf die großen gegenwärtigen Aufgaben lenkt, die die größte Energie, die stärkste Schlagkraft und die größtmögliche Geschlossenheit der Partei fordern, weist es zu gleicher Zeit auf die bevorstehenden neuen Kämpfe hin, die die rasche Überwindung der innerparteilichen Gegensätze notwendig machen.

Wir sind davon überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit der Partei den Beschluß des ZKRS. auf das freudigste begrüßen wird. Wir sind davon überzeugt, daß, nachdem durch diesen Beschluß die Angelegenheit erledigt ist, die Partei hoffnungsvoller und tatkräftiger denn je ihre Aufgaben im Dienste des deutschen und des Weltproletariats erfüllen wird.

Die Resolution des ZKRS.

Moskau, 8. Oktober. (Inprelorr.) Das Präsidium des ZKRS. nahm in seiner Sitzung vom 6. Oktober folgende Resolution an:

Das Präsidium des ZKRS. hat alle mit der Angelegenheit des früheren Pol-Sekretärs der Hamburger Parteiorganisation W. T. in Zusammenhang stehenden Tatsachen eingehend geprüft und stellt folgendes fest:

1. Das ZKRS. der KPD. handelte richtig in der Hinsicht, daß es gegen die Unterschlagung von Parteigelbern durch W. T. mit aller Schärfe vorging und W. T. wegen dieses Verbrechens aus der Partei ausschloß.

2. Genosse Thälmann, der ohne Vorbehalt für die strengen Maßnahmen ist, die das ZKRS. angesichts der Unterschlagungen in der Hamburger Organisation getroffen hat, beging einen ersten Fehler dadurch, daß er, als er von der Unterschlagung W. T. erfuhr, das ZKRS. hiervon nicht sofort in Kenntnis setzte. Das Präsidium stellt jedoch fest, daß diese Unterlassung Thälmanns nicht dem Wunsch entsprang, W. T. zu schützen, sondern ausschließlich aus dem Bestreben heraus erfolgte, den Zeitpunkt und die Form für die Maßregelung W. T. so zu wählen, daß die öffentliche Erledigung der ganzen Angelegenheit mit möglichst geringem Schaden für die Partei erfolge und von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nicht dazu ausgenützt werden könne, der KPD. und der Komintern die Durchführung der äußerst wichtigen Kampagne gegen die Klassenfeinde des Proletariats zu erschweren.

3. Gleichzeitig muß das Präsidium des ZKRS. leider feststellen, daß das ZKRS. der KPD. die Resolution über die Beurteilung des Genossen Thälmann veröffentlichte, ja sogar in einer für die Partei schwierigen Situation,

da die Partei inmitten der breitesten Kampagne gegen die Panzerkreuzer-Sozialdemokratie stand, ohne daß das ZKRS. den Versuch gemacht hätte, diese Resolution vorher dem ZKRS. und den aktiven Parteifunktionären zur Kenntnis zu bringen und schließlich ohne Rücksicht darauf, wie die Parteimitgliedschaft auf einen derartigen Schritt des ZKRS. reagieren wird. Das Präsidium des ZKRS. ist der Ansicht, daß das ZKRS. der KPD. dadurch einen für die Partei höchst gefährlichen Fehler beging, der den Klassenfeinden des Proletariats die Möglichkeit bot, die Kampagne der KPD. gegen die Sozialdemokratie anläßlich des Baues des Panzerkreuzers durch eine Schmuckkampagne gegen den Genossen Thälmann, gegen die KPD. und die Komintern zu untergraben und die Position des Proletariats in seinem Kampfe gegen den Imperialismus zu schwächen.

Ein derartiger grober Fehler war nur dadurch möglich, daß die Mehrheit der Mitglieder des ZKRS., die nicht genügend informiert waren, sich in unüberlegter Weise irreföhren ließen von den politischen Gegnern innerhalb des ZKRS. Anstatt im Geiste der Beschlüsse des 6. Weltkongresses das Schwergewicht auf die Bekämpfung der rechten Strömung in den Reihen der Partei zu legen, schritten diese Genossen vielmehr dazu, den Fall W. T. im fraktionellen Gruppeninteresse auszunützen gegen den Genossen Thälmann als einen der Hauptvertreter der Linie des 6. Weltkongresses. Dabei machten sie den Versuch, eine Aenderung der Parteiföhrtung herbeizuföhren und auf diese Weise in der KPD. die Durchführung des vom 6. Kongresse der K. angenommenen politischen Kurses zu verhindern. Ein kraßes Beispiel einer fraktionellen Haltung bot das Auftreten des Genossen H a u s e n, des Vertreters der Rechten, und J. T.

Du hast dich noch nicht eingezeichnet

Stelle alles andere beiseite und

Deine Ausrede, du habest noch keine Zeit gehabt, hilft nur dem Gegner!

Eile zum Einzeichnungslokal!

von den Herren... 26. September.)

Von dieser Sachlage ausgehend, und in Anbetracht dessen, daß die meisten Mitglieder des K. der SPD...

Das Präsidium des GKK, schlägt dem K. der SPD...

Maßnahmen zu treffen, um alle fraktionellen Gruppierungen in der Partei zu liquidieren...

Das Präsidium des GKK, stellt fest, daß das K. der SPD, mit dem Genossen Thälmann...

Die Kampagne zur Vorbereitung des kommenden Parteitag...

Das Präsidium des GKK, legt den größten Wert darauf, daß die SPD...

Die ersten 100 000 Einzeichnungen in Berlin erreicht

(Fig. Drahtber.) Berlin, 9. Oktober. Am Montag, dem 8. Oktober...

Einwirkungskatastrophe in Prag

100 Tote — Die Ursachen — Nichtbeachtung der Bauvorschriften

Prag, 9. Oktober.

Heute nachmittags gegen 3 Uhr sind an der Gasse Voriekrasse und Bischofsplatz in Prag...

Bis 17 Uhr wurden 16 Verwundete und 10 Tote aus den Trümmern geborgen...

Nach den letzten Feststellungen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der bei dem großen Bauunglück ums Leben gekommenen Personen etwa 100 betragen dürfte.

Aus der Partei

Beschluß zur Angelegenheit Hausen

In der Sitzung des Pol-Büros vom 5. Oktober wurde einstimmig beschlossen:

Wegen des Verdachts gegen den Genossen Hausen, daß durch sein Verschulden seine im K. abgegebene Erklärung...

Kommunistischer Wahlerfolg in Lettland

Lit. Riga, 9. Oktober. Bei den Wahlen zum lettlandischen Parlament haben die Deutschen bisher 27 750 Stimmen...

Verhaftungen wegen der kommunistischen Rundfunkrede

Die SPD. klamiert sich immer mehr.

(Fig. Drahtber.) Berlin, 9. Oktober. Die Wut der sozialdemokratischen Instanzen über den genialen Rundfunkrede der Kommunisten...

Welches sind nun die Ursachen der furchtbaren Katastrophe, bei der 100 Bauarbeiter ihr Leben einbüßten?

Kelordbucht, Unternehmeregorgel, hemmungslose Prospektbucht, das sind die tiefen Ursachen...

In Prag schießen Kiesenbauten wie Pilze aus der Erde. An der „glänzenden Baukonjunktur“ verdienen Großbanken...

gemacht. So wurde gestern der Chauffeur des sozialdemokratischen Stadtbaurates Wagner festgenommen.

Im Gegenjah zum „Vorwärts“, der wegen des Rundfunkstreiks sich nicht anders zu helfen weiß...

„Nur keine Enttäuschung! Wir wären traurige Philister, wenn wir nicht über diese kommunistische Auszubungslehre...

Waldenburger Streitfront unerlöschert

Schiedspruch abgelehnt

Waldenburg, 10. Oktober.

Die gestern stattgefundenen Mesierkonferenz lehnten den am Montag gefällten Schiedspruch ab.

Ausflug auf den D-Zug Berlin-Köln. Lit. Magdeburg, 9. Oktober. In der Nacht vom Montag zum Dienstag...

Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

Kein belgischer Bürger, der friedlich seinem Erwerb nachgeht, hat irgend etwas von Seiten der deutschen Truppen...

roten und schwarzweißen Flaggen ein, um nicht den Zorn der feindlichen Soldaten herauszufordern.

„Bekanntmachung. Belgische Soldaten! Ihr opfert euer Gut und Blut nicht für euer geliebtes Vaterland...

Oberschlesien

Sozialdemokratische Funktionäre für das Volksbegehren

Die kommunistische Partei hatte für Sonntag je eine öffentliche Versammlung in Schömburg und Karf angelegt. Genosse Gallaus war als Referent erschienen. Nachdem die Kapelle des Bobreker RFD mit Musik durchs Dorf Schömburg marschierte, kamen etwa 300 Männer und Frauen auf dem Platz zusammen. In etwa halbstündigen Ausführungen begründete Genosse Gallaus die Notwendigkeit der Einzeichnung, schilderte die Kriegsverbrechen und das Schicksal der Sabotage der Behörden und der übrigen Parteien, hauptsächlich der SPD und des Zentrums, die sich doch sonst immer als lebensfreundlich und pazifistisch hinstellten, aber keine Stimme gegen den Panzerkreuzerbau erheben. Als nun Genosse Gallaus den Handreich der Berliner Genossen im Rundfunksender beschnitten, brachen sie Anwesenden in Bravorufe aus. Mit der Aufforderung, sich reiflich anzusehen, wurde die Versammlung geschlossen. Gerade am Schluss versuchten einige nationalistische, im „Stahlhelm“ organisierte, Sportler, zu führen. Die Schömburger Arbeiter haben ihnen eine herbe Antwort gegeben. Das hinzugerufene Ueberfallkommando konnte nichts mehr feststellen.

Nun ging es nach Karf. Am Feuerwehrplatz warteten schon eine ganze Anzahl Männer und Frauen. Durch die Kapelle wurden noch mehr Arbeiter auf das Stattfinden der Versammlung aufmerksam gemacht. So sammelten sich in fünf Minuten über 600 bis 800 Arbeiter und Frauen an. Auch hier hielt Genosse Gallaus das Referat. Ein großes Bassauto des Ueberfallkommandos nahm am Platze Aufstellung, konnte aber keine „Arbeit“ verrichten. Die Arbeiter ließen diszipliniert, obgleich einige Elemente zu stören versuchten. Die Ausführungen des Genossen Gallaus wurden mit Beifall aufgenommen. Nach ihm meldeten sich noch einige Redner, u. a. der kommunistische Gemeindevorsteher Roschilla und ferner zwei SPD-

Funktionäre, der eine mit Namen Bonk, der Führer der Arbeitshilfen in Karf, zum Wort.

Beide SPD-Leute sprachen sich für das Volksbegehren aus und forderten zur Einzeichnung auf. Sie konnten aber nicht unterlassen, die SPD aufzufordern, sich mit der SPD zu vereinigen und mit ihr die Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Sowohl Genosse Roschilla als Genosse Gallaus legten auseinander, warum die SPD sich mit der SPD nicht vereinigen und in die Regierung gehen kann. Sie forderten die SPD-

9 Mark

hat eine ältere Gleiwitzer Genossin in zwei Stunden auf die Sammelliste fürs Volksbegehren gesammelt. Wieviel hast Du schon gesammelt?

Arbeiter zum Austritt aus der SPD, auf, dort die Führer allein zu lassen mit ihren Panzerkreuzern. So ist auch diese Versammlung ein Schritt zur Aufklärung der Arbeitererschaft und zur Aufstellung für das Volksbegehren geworden. Jetzt gilt es, die Stimmgabe zu kontrollieren und von Wohnung zu Wohnung mit Flugblättern und Zeitungen zu gehen, jede Arbeiterfamilie noch einzeln aufzufordern, falls sie noch nicht einzeichnen waren, dies sofort zu tun, denn mit Versammlungen allein ist es nicht getan, wenn nicht durch persönliche Diskussion nachgeholfen wird.

Gleiwitz

Hauptpropaganda im Stadtteil Gleiwitz-Zentrum.
Am Sonnabendabend fanden sich die Genossen pünktlich zur Hauspropaganda zum Volksbegehren in ihrem Lokal ein. Im Ru waren die Genossen und Kameraden eingeteilt, mit Flugblättern und „Arbeiter-Zeitungen“ versehen, und innerhalb zwei Stunden war alles verteilt und eine große Anzahl Zeitungen verkauft. Ein Genosse hat allein in einem Hause zehn Zeitungen verkauft. Ueberall fanden wir bei den Arbeitern reges Interesse für das Volksbegehren.

Hindenburg

Für Panzerkreuzer Millionen, für Invaliden nichts.
Ein Invalide schreibt uns: Infolge eines Grubenunfalls lag ich vom 9. November 1927 bis 17. Mai 1928 im Krankenhaus. Da meine Krankheit sich nicht besserte, wurde ich, weil meine Wochen zum Krankengeldempfang abgelaufen waren, zum Invaliden erklärt. Während meiner Krankheit bezog meine Frau mit Kind ein Hausgeld von 1,44 Mark täglich. Seit Mai dieses Jahres schwebt das Rentensverfahren. Ich bekomme von der Knappschaft einen monatlichen Vorschuss von 30 Mark und vom Wohlfahrtsamt auch 30 Mark. Das sind 60 Mark monatlich. Vor einigen Wochen bekam ich vom Wohlfahrtsamt eine Erklärung, daß ich auch unterschreiben muß, daß die vom Wohlfahrtsamt zugewilligten Unterstützungen von meiner Rentennachzahlung abzuziehen sind. Ich unterschrieb nicht — und meine Unterstützung und die Milch für das Kind wurden mir sofort gesperrt. Ich konnte nicht unterschreiben, weil ich von den paar Mark Nachzahlung meine Schulden, die ich während der Krankheit beim Bäcker, Fleischer machte, und vor allen Dingen meine Möbel bezahlen muß. Ich habe dem Herrn Kruppa, der die armen Invaliden so „liebvolll“ behandelt, gesagt, ich werde monatlich 5 Mark abzahlen. Aber es half nichts. Auf meine Beschwerden beim Stadtverhaupt kam ich auch nicht zu meinem Recht. Ich hatte nichts zu essen, fehlen wollte ich auch nicht, weil ich nicht Stinnes heiße, und mußte unterschreiben. So komme ich aus meinem Elend nicht heraus.

Kommentar überflüssig. Antwortet durch Einzeichnung in die Liste zum Volksbegehren!

Kreuzburg

Die Kommunisten haben recht!
Die Kommunisten sind auf dem Posten. Am Freitagmorgen glänzten von den Häusern große Plakate, die auffordern zur Ein-

zeichnung für das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau. Besonders am Hafen, wo viele Kleinbauern zusammenkommen, erregten sie die Aufmerksamkeit vieler. „To vicko provda jes, zo ten sto.“ (Das ist alles wahr, was dort steht.) So waren die Aussprüche vieler. Ein Zeichen, daß auch die kleinen Bauern erkennen, daß es besser ist, Stundung der Steuern und Nothilfe für werktätige Bauern zu geben, statt Panzerkreuzer zu bauen. Genossen, werbt und agitiert unter der Landbevölkerung, der Boden ist gut!

Rundgebung gegen Panzerkreuzerbau. Die hiesige Ortsgruppe der SPD berief für Sonnabendabend auf den Ring eine öffentliche Kundgebung ein. Eine Anzahl Werktätige aus allen Schichten, Männer und Frauen, war dazu erschienen. Genosse Schulz-Doppeln sprach und erntete Beifall.

Berechtigter Empörung der Kriegserwitwen. In den Kreisen der Kriegserwitwen löste der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ gegen den Stahlhelm Zustimmung aus. Die Kriegserwitwen erkennen zum Teil erst jetzt die schändliche Rolle des Stahlhelms im Bunde der Kriegstreiber. Nach der Kundgebung gegen Panzerkreuzerbau, zu der auch Kriegserwitwen erschienen waren, gaben etliche zum Ausdruck, daß für sie nur die Front, die die „Arbeiter-Zeitung“ vertritt, in Frage kommt. Die Kriegserwitwen geben dem zu neuem Kriege hehenden Stahlhelm die erste Antwort, indem sie sich zum Volksbegehren einzeichnen.

Heraus! Öffentliche Versammlungen

- Genosse Sobotta, M. d. L., spricht in:
Gleiwitz, Donnerstag, 11. 10., 19.30 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“;
Bobref, Freitag, 12. 10., 18 Uhr auf dem Marktplatz;
Biskupitz, Sonnabend, 13. 10., Saal wird noch bekanntgegeben;
Mieschowitz, Sonntag, 14. 10., nachmittags 3 Uhr auf dem Sonnenplatz;
Genosse Jadasch spricht in:
Kositz, Sonnabend, 13. 10., nachmittags 5 Uhr auf dem Marktplatz;
Schömburg, Sonntag, 14. 10., nachmittags 3 Uhr. Lokal wird noch angegeben.

Noch einmal Dekorationsmalermaler Krug. Herr Krug sendte auf unseren Artikel eine Verächtigung ein, die die Tatsachen auf dem Kopf stellt. Es sei wahr, daß ein Belehrt eine Mark erhielt. Das sei aber Herr Krug weniger schuld als sein Vertreter. Ferner behauptet Herr Krug, daß er den Belehrtigen mit Quartier 18 Mark und ohne Quartier 17 Mark wöchentlich zahle. Wie sollen sich die Belehrtigen erhalten durchschnittlich 2-3 Mark wöchentlich. Selbst als die Belehrtigen dieses Jahr in Oppeln arbeiteten, erhielten sie 18 Mark. Sie mühten sich ihr Essen allein zuzubereiten. Gegeben wurde es meistens abends, da den Belehrtigen die nötige Zeit dazu fehlte. Meistens abends, da den Belehrtigen die nötige Zeit dazu fehlte. Meistens abends, da den Belehrtigen die nötige Zeit dazu fehlte. Wir überlassen es nun unseren Lesern, sich ein Bild von der Wahrheitsliebe des Herrn Krug zu machen.

Stilleres Gaudereffen. Auch die Leute mit beschränktem Verstande wollen glängen. In drei Wochen sollen aus Oberschlesien 2000 dieser Junglinge kommen. Großer Umzug nach dem Schloßhaus, Sport und Spiel werden die Krönung ihres beschränkten Verstandes darstellen. Die Arbeiterschaft hat mit diesen Faschisten nichts zu tun.

Oppeln

Der Stand der Einzeichnung
Der Stand der Unterschriften für das Volksbegehren war bis Sonntag in Oppeln 300. Noch viele Arbeiter, die ganz bestimmt gegen den Panzerkreuzerbau sind, fehlen dabei. Andere wie Schauspieler und freie Berufsleute sind nun dafür in den Listen. Soll unser gestecktes Ziel erreicht werden, so ist es höchste Zeit, daß alle noch Bauern und Gleichgültigen zur Einzeichnung veranlaßt werden. Kommen die nötigen Unterschriften nicht zusammen, so daß das Volksbegehren als abgelehnt gilt, so ist das nicht eine Niederlage der Kommunisten, sondern der Gesamtarbeitererschaft!

Der rote Landsonntag. Am vergangenen Sonntag gingen vier Gruppen von Partei, RFD und Jugend, bewaffnet mit Flugblättern, zur Agitation für das Volksbegehren aufs Land. Ueberall fanden sie größte Antennität. Etwa 15 Trübschichten wurden bearbeitet. Das ist

Hast Du Dich schon zum Volksbegehren eingezeichnet?

natürlich bei der Größe des Landkreises Oppeln mit seinen über 100 Gemeinden sehr wenig. Die Schuld, daß nicht alles bearbeitet werden konnte, tragen jene Parteigenossen, RFD-Kameraden und Mitglieder der KZ, sowie der KZ, die sich nicht beteiligten. Mit diesen müssen die entsprechenden Leitungen noch ein sehr ernstes Wort reden und dafür sorgen, daß das in der Zukunft anders wird.

Ein „menschenfreundlicher“ Inspektor. Und wird geschriebers! Der Inspektor Roschilla auf dem Dominium Ellesia Oppeln III hat sich erlaubt, armen Leuten, die auf der abgemähten Weide gehüteten Gänse durch seine Hunde zerlegen zu lassen, die gleich tot und zerfleischt liegen blieben, daß ihnen die Eingeweide herausquollen.

Aus der Sadfabrik. In der hiesigen Sadfabrik, deren Geschäftsführer Herr Milde ist, herrschen miserablen Zustände. Dort ist eine Aufseherin Frau Uhmacher Walter beschäftigt, die die jungen Mädchen, die 6-10 Mark die Woche verdienen, nicht gerade häßlich behandelt und ihnen jede Woche 50 Pfennige, eine Mark und noch mehr Strafe aussetzt, um sich dadurch beim Herrn Betriebsleiter Milde einen guten Namen zu machen. Wir empfehlen Frau Walter, ihr Treiben einzustellen.

Briefkasten

Leschnitz, J. B. Die geschriebenen Begebenheiten spielten sich im Mai ab. Jetzt im Oktober kann eine Tageszeitung darüber nicht mehr berichten.
Oppeln, J. G. Zur Angelegenheit Du h! bitte nähere Einzelheiten mitteilen.

Versammlungskalender

Sonstige Organisationen
Gleiwitz, Freidenker. Sonnabend 20 Uhr im Vereinslokal, Bahnhofstraße 34, wichtige Mitgliederversammlung mit Referat: „Die Sexualität des Kindes“, 1. Teil. Gäste sind willkommen!

An unsere Leser!

Unsere Zeitung ist im ständigen Anwachsen begriffen, immer größere Sympathien und Absatz erreicht sie. Sage bei deinen Einkäufen dem Geschäftsmann, daß du Leser der „Arbeiter-Zeitung“ bist, fordere ihn auf, in unserer „Arbeiter-Zeitung“ zu inserieren. Kaufe bei unseren Inserenten, denn die anderen wollen dein Geld nicht. Wir werden demnachst die Firmen veröffentlichen, die keine Leser der „Arbeiter-Zeitung“ als Kunden wollen.

GREILLING



Typ 5

In Amerika gibt es nur wenige Standard-Marken; diese sind aber so preiswert und so gut im Geschmack, daß sie von allen Bevölkerungsschichten ausnahmslos, ob arm ob reich, geraucht werden. Greilling Typ 5 ist in wenigen Wochen zur deutschen Standard-Marke geworden. Durch ihre mit größter Sorgfalt ausgewählten und gemischten Tabake hat diese Zigarette nach kurzer Zeit bei Millionen Rauchern Begeisterung hervorgerufen. Besonders gerühmt wird an ihr der außerordentlich milde Geschmack und das ges. gesch. edelweiss-Mundstück. Es ist erstaunlich, wie günstig dieses Mundstück den Geschmack bestreift. Keine Zigarettenfabrik in Deutschland kann diese Zigarette nachahmen.

Die Erzeugnisse Mittelddeutschlands größter Zigarettenfabrik sind nun auch in Schlesien zu haben
Fabriklager: Breslau, Junkernstr. 41/43, Tel. 24097, (Raiffeisenhaus) Generalvertreter: Conrad Przybilka

3 wichtige Punkte • • • Riesen-Auswahl Vertrauens-Qualitäten und die niedrigsten Preise erleichtern Ihren Einkauf im Kaufhaus Z. Strauss Lindemann & Co. A.-G. Görlitz

Fritz Lange's Robbletscherei u. Frühstücksstabe Konstruktionsstr. 5

Die gute Brille - Der festhaltende Klemmer Foto Obermarkt 28 Alfred Kahl, Dipl. Optiker, Görlitz

Fahrräder Nähmaschinen Grammophone Aug. Feist, Wilhelmstraße 8

Mifa-Fahrräder - Bequeme Teilzahlung - Fabrikverkaufsstelle Bahnhofstraße 62

Reinhold Schwabe, Ring 9 Damen- und Mädchen-Bekleidung Stoffe aller Art, Wäsche Strümpfe usw.

Bekleidungshaus H. Ostrower Ring 48

Schuhwarenhaus Bildy Heinemann, Wittigstraße 1

Ewald Fritsch Bahnhofstraße 20

Leopold Zuda Thomaststraße 11

Wüsteglersdorf Richard Weisner, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Georg Fischer, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Adolf Blömel, Hauptstr. 34

Wüsteglersdorf Willi Friem, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Verdel Hiltzeder, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Alfred Mayer, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf K. A. Heilmann, Hauptstr. 17

Ober-Wüsteglersdorf Ernst Teichmann, Hauptstr. 17

Landeshut Sie kunden u. i. bel

Landeshut Josef Jähde, Deuschelstraße 27

Landeshut Hermann Schubert's Nachf., Inh. Karl Wolf

Landeshut Gustav Haacke, Hauptstr. 17

Landeshut Kurt Plischke, Hauptstr. 17

Landeshut Kaufhaus Gustav Stief Nachf., Hauptstr. 17

Landeshut Blumenau Fahrräder, Ersatzteile Nähmaschinen

Landeshut Heinrich Döhmer, Hauptstr. 17

Landeshut Max Karschner, Hauptstr. 17

Landeshut Isidor Sudo, Hauptstr. 17

Landeshut Walter Gampe, Hauptstr. 17

Landeshut Trinkt Engelhardt-Bier, Hauptstr. 17

Holenen-Apotheke Drogen- und Photohandlung Ring 17, Ede Bahnhofstraße

Erich Klose - Ring 23 Herren- und Damenkonfektion

Richard Berndt Rosenstraße 10 Fleischeri und Wurstfabrik

Paul Krause, Ring 11 Fleischeri u. Frühstücksstabe

Oscar Stephan, Ring 26 Kolonialwaren / Delikatessen / Weine Spirituosen

Paul Brudelt Konfektion u. Schuhwaren Ring 34

Monrad v. Wiesenfeld, Ring 26 Kolonialwaren / Delikatessen / Weine Spirituosen

Hermisdorf u. K. Carlhaus „Erholung“, Hauptstr. 17

Kurt Selbig, Hauptstr. 17 Kolonialwaren / Spirituosen

Rich. Dreißler, Hauptstr. 17 Fleischeri u. Frühstücksstabe

Freiburg Motorräder - Fahrräder Näh- und Sprechmaschinen

Freiburg Paul Kupke Nachf., Hauptstr. 17

Freiburg Rich. Römer - Hauptstr. 17

Fahrräder :: Nähmaschinen Groß Seidel, Demianiplatz 10/20

Karl Roch Esslinger Stahlwaren Messerschmiede und Schloßerei

Selbstfabrikation von Herren-Konfektion

Optiker Postleb Fach-Optiker

Lebensmittel 6% in blauen Marken Erich Kleinert, Prager Straße 6

Petersdorf Rsgb. Günther Pitt - Kolonialwaren

Petersdorf Georg Weisner, Hauptstr. 17

Petersdorf Paul Bernhard, Hauptstr. 17

Petersdorf Maria Schaefer, Hauptstr. 17

Petersdorf Otto Heidenreich, Hauptstr. 17

Marklissa Billig und gut kaufen Sie bei Rudolf Weiß, Markt 201

Schuhwaren - Stiefel für jeden Beruf - Reparaturen

Gustav Mangelsdorf Brüderstraße 8

Paul Renner Inh. Fritz Schäfer

Augen-Optik Arthur Zrebs, Hauptstr. 17

Rauscha Kolonial-, Feinstoff- und Tabakwaren

Rauscha Kaufhaus Kurt Boser, Hauptstr. 17

Walter Sinkwitz, Hauptstr. 17

Striegau-Graben Kolonialwaren und Schnittwaren

Striegau-Graben Anna Köhler, Graben

Striegau-Graben Fritz Rosow, Grabenstraße 26

Striegau-Graben Paul Sperlich, Graben 1

Wüsteglersdorf Richard Weisner, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Georg Fischer, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Adolf Blömel, Hauptstr. 34

Wüsteglersdorf Willi Friem, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf Verdel Hiltzeder, Hauptstr. 17

Wüsteglersdorf K. A. Heilmann, Hauptstr. 17

Landeshut Blumenau Fahrräder, Ersatzteile Nähmaschinen

Landeshut Heinrich Döhmer, Hauptstr. 17

Landeshut Max Karschner, Hauptstr. 17

Landeshut Isidor Sudo, Hauptstr. 17

Landeshut Walter Gampe, Hauptstr. 17

Landeshut Trinkt Engelhardt-Bier, Hauptstr. 17

Freiburg Motorräder - Fahrräder Näh- und Sprechmaschinen

Freiburg Paul Kupke Nachf., Hauptstr. 17

Freiburg Rich. Römer - Hauptstr. 17

Freiburg Carl Müller, Hauptstr. 17

Freiburg Alfred Sagi, Hauptstr. 17

Freiburg Erich Dresel, Hauptstr. 17

Freiburg Carl Jäger, Hauptstr. 17

Das Konkordat weist seine Schatten voraus

Die katholische Kirche organisiert die schwarze Zensur

Der katholischen Kirche wird das Gesetz gegen „Schmutz und Schund“ viel zu lax gehandhabt. Ihr Ziel ist: Verschärfung der Zensur mit Hilfe ihrer großen kirchlichen Organisationen. In diesem Zweck haben, wie die „Germania“ vom 6. Oktober mitteilt, die Bischöfe der Fuldaer Konferenz einen Organisationsplan gegen „Schmutz und Schund“ veröffentlicht, der dem Zweck dient, die der katholischen Kirche mißliebige Literatur und Kunst nach Möglichkeit auszumerzen und dafür katholische Geisteserzeugnisse an ihre Stelle zu setzen. Das eine nennt man „negativen“, das andere „positiven“ Kampf gegen „Schmutz und Schund“.

Die Dachorganisation, die diesen Kampf mit aller Energie zu betreiben hat, ist der „Zentrale Arbeitsausschuß der deutschen Katholiken zur Förderung der öffentlichen Sittlichkeit“. An der Spitze dieser zentralen Organisation steht ein jeweils von der Bischofs-Konferenz zu ernennender Vertreter. Dazu tritt je ein Mitglied des „Borromäus-Vereins“, des „Volkswartbundes“, des Zentralbildungsausschusses und ein Vertreter des Diözesanverbandes. Während der „Borromäus-Verein“ mehr für die positive Seite des Kampfes gegen Schmutz und Schund durch weitestehende Verbreitung katholischer Literatur zu sorgen hat, liegt dem „Volkswartbund“, was schon sein Name andeutet, die negative Seite des Kampfes ob: nämlich die Sittenlosigkeit nach mißliebiger Literatur und Kunst, durch Denunziationen bei den Behörden, durch energisches Vorgehen bis zur Beseitigung der der katholischen Kirche mißliebigen Dinge. Der Zentralen Organisation fällt die Aufgabe zu, eine öffentliche Meinung im Schundkampf zu schaffen, da der Begriff Schmutz und Schund von den Behörden und auch durch den Geheimplatz selbst nicht eindeutig genug geprägt und viel zu dehnbar ist.

Wie stark dieser Kampf gegen „Schmutz und Schund“ durchgeführt werden soll, geht weiter daraus hervor, daß in jeder Diözese (Kirchenprovinz) ein D i z e n s u r a u s s c h u ß gegen „Schmutz und Schund“ gegründet werden soll und darüber hinaus überall Lokalorganisationen zu dem gleichen Zweck geschaffen werden sollen. Folgendermaßen soll die Arbeit der lokalen Ausschüsse aussehen:

„Feststellung von Schmutz- und Schundschriften im Sinne des Gesetzes vom 18. Dezember 1926, Zeitungskasse, Bahnhofsbuchhandlungen, Papiergeschäfte und Buchhandlungen und die strafrechtliche Verfolgung zu überwachen, das inkriminierte Material an die zentrale Arbeitsgemeinschaft bzw. an die Diözesan-Arbeitsgemeinschaft zu überfenden, Beseitigungsmaßnahmen durch die Polizei auf Grund des § 184 StGB. und § 68 RStD. (Reichs-Gewerbeordnung) zu veranlassen und zu diesem Zwecke jede nur mögliche und notwendige Verbindung mit den Behörden zu pflegen (nega-

tiver Schundkampf), sowie durch Gründung und Ausgestaltung des „Borromäus-Vereins“ gute Gelegenheiten dem Schmutz- und Schundangebot entgegenzustellen (positiver Schundkampf).“

Mit diesen Worten umschreibt die „Germania“ wörtlich das Arbeitsgebiet dieser lokalen Organisationen.

Aus diesem ganzen Plan geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die katholische Kirche mit der ganzen ihr zur Verfügung stehenden Macht und Organisation das Gesetz gegen „Schmutz und Schund“ für ihre Zwecke auszunutzen will, und es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der Ausgestaltung und beim Funktionieren einer solchen bis ins einzelne durchgearbeiteten Organisation eine scharfe Zensur geschaffen wird, die alles bis dahin schon Dagewesene auf diesem Gebiet weit in den Schatten stellen wird.

Aus aller Welt

Eine Angeklagte im Eva-Rostum vor Gericht

M. Berlin, 9. Oktober. Vor dem Schöffengericht Mitte spielte sich Dienstag mittag eine einzig dastehende Szene ab, in deren Verlauf es auch im Gerichtssaal zu sehr lärmenden Vorgängen kam. Eine Frau, die sich wegen Betruges zu verantworten hatte, begann sich plötzlich im Gerichtssaal zu entleeren. Als sie schon fast im Eva-Rostum dastand, ließ der Vorsitzende den Zuhörerraum räumen. Bei Wiederherstellung der Öffentlichkeit drängten sich die Zuhörer in großen Massen hinein, obwohl der kleine Saal nur wenige Plätze aufweist. Als der Justizwachmeister die überzähligen Personen hinausdrängen wollte, entstand ein Ringkampf, in dessen Verlauf die Beamten von ihren Gummitrüppeln Gebrauch machen mußten. Die Simulantin wurde wegen Betruges zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Zwanzig Todesopfer des Gefängnisbrandes von Neubred

M. London, 9. Oktober. Die Zahl der bei dem Brand in Neubred ums Leben gekommenen Gefangenen hat sich auf zwanzig erhöht. Bisher sind erst die Leichen von 13 Gefangenen in stark verrottenem Zustande gefunden worden. Sieben Gefangene werden noch immer vermisst.

Blutbad in einem italienischen Gefängnis

M. Rom, 10. Oktober. Im Gefängnis in Foggia ereignete sich ein blutiger Vorfall, der voraussichtlich mehrere Todesopfer zur Folge haben wird. Ein wegen Mordes zu 30 Jahren Gefängnis verurteilter Sardinier geriet mit seinen Mitgefangenen in Streit. Das Wortgefecht endete damit, daß er mit einem Stilet, über dessen Herkunft noch Unklarheit herrscht, auf seine sieben Mitgefangenen losging und sämtlich schwer verwundete. Drei der Verletzten ringen mit dem Tode.

Schwere Sturmahrt des „Albert Pallin“

M. Neuyork, 10. Oktober. Infolge schwerer Stürme ist der Dampfer „Albert Pallin“ mit 24 stündiger Verpätung in Neuyork eingetroffen. Durch eine Riesenwelle, die über Deck ging, wurden die Bullaugen, Reelingstangen usw. eingedrückt und die Gesellschaftsräume arg mitgenommen. Dabei wurden 35 Personen verletzt.

Start des „Zeppelin“ zur Amerikafahrt verschoben. M. Friedr. Richshafen, 8. Oktober. Der für Mittwoch früh vorgesehene Start des „Graf Zeppelin“ zur Amerikafahrt ist auf Grund der Nachmittags-Weatherkarte verschoben worden. Ein neuer Zeitpunkt für den Start kann nicht angegeben werden.

Regierungsvertreter erhalten Stimmrecht in der Zentralkommission

In dem Bericht der Reichsleitung der Naturfreunde, der in Nr. 2 der Nachrichtenblätter des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ veröffentlicht ist, kann man lesen, daß zwischen der Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege und den Behörden ein gutes Verhältnis besteht. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Einem Vertreter der Reichs- und der preußischen Landesregierung wurde neuerdings Sitz und Stimme in der Zentralkommission eingeräumt.“

Wenn diese Mitteilung zutrifft — und wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln —, so wird die Stellung der Zentralkommission gegenüber den oppositionellen Arbeitssportlern schon etwas klarer. Wenn man mit den Behörden schon in so enger Fühlung steht, dann muß man natürlich sich beliebt machen bei diesen, auch wenn sie sonst nicht allzuviel für den Arbeitssport übrig haben. Dann muß man gegen die Opposition kämpfen, die immer wieder die Bevorzugung des bürgerlichen Sports durch die Behörden aufgezeigt haben. In diesem Zusammenhang ist vielleicht folgende Frage berechtigt: Wie haben die Vertreter der preußischen und der Reichsregierung, die ja Stimmrecht in der Zentralkommission haben, anlässlich der Auflösung des Berliner und Halleschen Kartells durch die Zentralkommission gestimmt?

Bisher war es nicht üblich in Arbeiterorganisationen, daß man Behörden Stimmrecht in irgendwelchen Körperschaften gab. Aber die Mitteilung des Touristenvereins zeigt, daß bei den sozialdemokratischen Führern in der Zentralkommission alles möglich ist. Die Arbeitssportler müssen gegen derartige Maßnahmen entschieden Protest einlegen und die Zurückziehung der Vertreter der preußischen und der Reichsregierung verlangen.

Überall Ausschlüsse

Genosse Wünsche-Golditz erhielt als langjähriges Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vom Bundesvorstand folgendes Schreiben:

Der Bundesvorstand beschloß in seiner Sitzung vom 19. September 1928, daß alle Bundesmitglieder, die an der Spartakiade in Moskau teilgenommen haben, auszuschließen sind. Da auch Deine Teilnahme an der Spartakiade als erwiesen gilt, so geben wir Dir von dem geschlossenen Ausschluß aus dem Bunde Kenntnis. Arbeiter-Turn- und Sportbund, gez. Gellert.

Arbeitssportler! Wie lange wollt ihr den verbrederten Spaltungskurs der Gellert und Co. noch dulden? Sollen nicht endlich auch die sozialdemokratischen Sportgenossen einsehen, daß das Wüten des Bundesvorstandes die Arbeitssportbewegung zerschlägt?

Jeder Arbeitssportler

muß sich zum

Volksbegehren

einzeichnen!

Arbeitersport

Flegel bleibt ein Flegel

und zeigt sich immer deutlicher als bewapneter Spalter der Arbeitersportbewegung

Der mit sehr schwacher Mehrheit, die auch nur aus vom Vorstand bestimmten, nicht von den Mitgliedern gewählten Delegierten bestand, auf dem letzten Bundestag des Arbeitersportbundes gewählte sozialdemokratische Bundesvorstand sucht seine schwache Position zu retten. Deshalb duldet er keine Meinungsfreiheit der Mitgliedschaften. Wie ein vom Rotkoller befallener Tollwütiger zertrümmert der Vorstand die Vereine, die sich nicht dem vom Bundesvorstand auszuführenden sozialdemokratischen Parteibefehlen unterwerfen.

Der Bundesvorstand hat in einem auch von uns veröffentlichten rüben und frechen Brief die Ortsgruppe Hannover des Arbeitersportbundes aus dem Bund ausgeschlossen. In echt mannhafter, proletarischer Art hat sich die Ortsgruppe Hannover gegen den Terror des Bundesvorstandes gewehrt. Hinter die eine Ortsgruppe stellen sich viele andere, u. a. auch die von Delsnik i. B. In einer Resolution, die in unserem Bruderorgan „Echo“ veröffentlicht wurde, wurde gegen den Terror des Bundesvorstandes einmütig protestiert.

Darauf ging ein im Feldweibelston, vom Bundesvorsitzenden Flegel (der Name besagt alles! — D. Reb.) unterzeichneter Brief der Ortsgruppe Delsnik i. B. zu. In dem Brief wird

den Mitgliedern direkt verboten, sich um den Bundesvorstand und dessen Maßnahmen zu kümmern.

„Hierzu habt Ihr kein Recht!“, heißt es in dem Brief. „Wir (wie von von Gottes Gnaden! — D. Reb.) werden die schärfsten Maßnahmen ergreifen.“ Dann wurde die Unterzeichnung folgender Erklärung verlangt:

1. Zum 20. September hat die Ortsgruppe Delsnik zu erklären, ob sie bereit ist, diese Resolution an den Hauptvorstand als nicht geschrieben zu betrachten.

2. Soweit die Resolution schon in der dortigen Arbeitersportpresse veröffentlicht ist, diese öffentlich zurückzuziehen mit der Bemerkung: auf Anordnung des Hauptvorstandes. Ein Exemplar der Zeitung, in welcher die Zurückziehung abgedruckt ist, ist dem Hauptvorstand einzusenden, ebenfalls ein Exemplar, in welchem die Resolution bekanntgegeben wurde.

3. Die Ortsgruppe Delsnik hat strenge Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse des Hauptvorstandes eingehalten werden. Des weiteren ist dafür zu sorgen, daß jede kommunistische Hege (das ist jede Kritik! — D. Reb.) in der Presse und in den Versammlungen aufzuhören hat gegen die andersgestimmten Genossen.

Sollte diese Erklärung nicht bis zum 20. September in unseren Händen sein, so gilt die Ortsgruppe Delsnik als ausgeschlossen aus dem Arbeitersportbundes Deutschland.

Zu diesem provokatorischen Brief nahm die Bezirksleitung Gau 16, 1. Bezirk, vom Arbeitersportbundes mit den Ortsgruppen Delsnik, Auerbach und Falkenstein Stellung. Einstimmig wurde ein scharfes, von wirklich ehrlich proletarischem Geist getragenes Ant-

wortschreiben an den Hauptvorstand beschlossen. Darin wird die Zurückziehung der Auflösungsbekanntgebung gefordert und schärfster Protest gegen die Zertrümmerungsabsichten des Hauptvorstandes erhoben. Weiter wird u. a. auf die feststehende und vom Hauptvorstand gebildete Fraktionsarbeit der SPD. im Bund hingewiesen und zugleich auf die begangenen Unterstellungen von Gelbturn durch sozialdemokratische Bundesmitglieder in Köln. Darüber schweigt der Vorstand.

„Als Arbeitersportler haben wir nicht nur die Pflicht, Sport zu treiben, sondern wir haben auch zu allen das Proletariat berührenden Fragen Stellung zu nehmen. Der Arbeiterpartei und ihren Ministern werden wir als Klassenbewusste Arbeitersportler immer aufs schärfste gegenüberstehen.“

So heißt es in der Antwort der Arbeitersportler an den Bundesvorstand. Abgelehnt wird die Abgabe der geforderten Erklärung. Die Arbeitersportler würden sich dadurch auch zu Mameluden degradieren. Die Antwort klingt aus in der Solidaritätserklärung der Ortsgruppen Falkenstein und Auerbach mit den ausgeschlossenen Ortsgruppen Magdeburg, Hannover und Delsnik und sagt noch:

„Wir wollen unsere Bewegung nicht spalten, sondern wir wollen die Einheit!“

Auf diese einmütig gefaßte Antwort der um ihr selbstverständliches Recht und um ihre Meinungsfreiheit kämpfenden Arbeiter ging folgendes, den Größten wahn des Bundesvorstandes offenkundig schreibendes Schreiben an die Bezirksleitung und die Ortsgruppen Delsnik und Falkenstein ein:

Braunschweig, den 22. September 1928.

An die Ortsleitung der Ortsgruppe Delsnik. Werte Bundesgenossen!

Wir gelangten in den Besitz Eures Schreibens und erfahen hieraus, daß Ihr die unverschämte Handlungsweise begangen habt, und unsere Bundesangelegenheiten in der SPD-Presse durch den Druck gezogen habt. Der Bundesvorstand steht einmütig zu seinem Beschluß vom 12. d. M. und schließt somit die Ortsgruppe Delsnik ab 25. September aus dem Arbeitersportbundes aus. Wir sehen in Eurer Handlungsweise keine Garantie mehr, mit Euch noch für den wirklichen Aufbau des Bundes arbeiten zu können. Die Ortsgruppe Delsnik hat noch für Quartal 3 abzurechnen. Die Regelung dieser Angelegenheit erwarten wir als selbstverständlich, wenn man sich als ehrlichen Arbeiter betrachtet.

gez.: Flegel, Bundesvorsitzender.

Arbeitersportler! Euer einmütiger Wille zählt nichts. Die Hände sollt ihr vor den Reformisten kuscheln, damit diese die Arbeiterorganisationen als Anhängel der SPD. machen können. Der schärfste Kampf muß gegen die Ausschlüsse und gegen die Spaltungsabsichten geführt werden. Die Arbeiterorganisationen sind nicht wegen der Führer, sondern für die Arbeiterschaft, von der sie getragen werden, geschaffen worden.

Erstes Sammelergebnis

zum Volksbegehren

Table with 2 columns: Location and Amount. Includes Stadtteil 5, Buchhandlung, Nordost, etc.

Zusammen 188,48 M

Neue Inlandsanleihe der Stadt Breslau

Die zuständigen Ministerien haben der Stadt Breslau die Genehmigung erteilt, Schulverschreibungen auf den Jahressatz bis zum Betrag von 15 Millionen Reichsmark auszugeben.

Vom Jung-Spartakus-Bund

Am Mittwoch fand in Breslau die Gruppenöffnung des J.S.B. statt. Der Heimabend wurde mit dem Gesang eines unserer Lieder eröffnet.

Jungpioniere bei der Arbeit für das Volksbegehren

Trotz strömenden Regens hatten sich am Sonntag die Pioniere des Stadtteils „Nord“ zusammengefunden, um auch ihren Teil zu der großen gewaltigen Arbeit beizutragen.

Arbeiter-Sport-Karteil „Besucherkreis“

Schon in der vorigen Spielsaison forderte das Arbeiter-Sport-Karteil den organisierten Arbeiter von Breslau auf, Mitglied im „Besucherkreis“ der Gewerkschaftshaus-Schispiele zu werden.

Zum größten Teil ist uns der Versuch geglückt. Der organisierte Besucher zahlt für den Einheitsplatz 50 Pfg., jeder andere 70 Pfg.

Arbeiter-Sport-Karteil Breslau e. V.

Mitteilhafter Todesfall. Der Unfallrentenempfänger Bruno A., wohnhaft Lauenhienstraße 178, wurde im Bette seines möblierten Zimmers tot aufgefunden.

Tödlicher Unglücksfall. In Schmolz ereignete sich in der Nähe der Dr. Bogtschen Villa ein verhängnisvoller Autounfall. Ein Lehrling hängte sich zwischen die Anhänger eines der Petermeyer-Buchers-gehörenden Lastautos.

Selbstmordversuch. In der vergangenen Nacht versuchte die Ehefrau Anna L., Goethestraße 94, in selbstmörderischer Absicht an der Einmündung der Bahnhofsstraße in den Ohlauer Stadtgraben zu springen.

Wohnungsentsehung bei Tuberkulose. Nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose vom 4. August 1923 sind die Wohnungen von Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulosekranken bei Änderung des

Wie lange wollt ihr noch warten?

Aufruf an die Klügigen!

Breslau, 10. Oktober.

Sieben Tage des Volksbegehrens liegen nun hinter uns. Nur weitere sieben Tage stehen jetzt zur Einzelzeichnung noch zur Verfügung.

Eigentlich auf nichts! Sie meinen eben nur, sie hätten „ja noch Zeit“. Eine solche Einstellung ist falsch.

Noch heute müssen alle Gegner der Kriegsrüstungen, so weit sie das noch nicht getan haben, ins Einzelzeichnungslotal gehen.

Kannte und Verwandte mitnehmen. Sie müssen darüber hinaus mit ganzer Kraft für eine Massenmobilisierung der Wählbaren sorgen.

Einzelzeichnungslotal

Städtisches Wahl- und Meldeamt, Am Mathias 24, II. — Turnhalle Schulhaus Magazinstraße 2-10. — Turnhalle Postlozschule, Michaelisstr. 78/80.

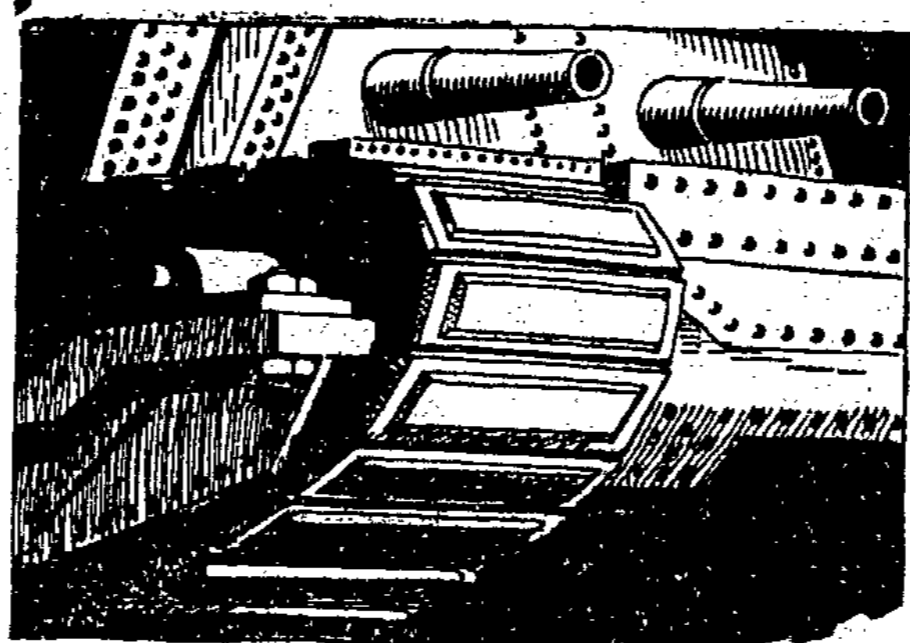
Eintragungszellen

Wochentags von 10 bis 19 Uhr, Sonntags von 9 bis 17 Uhr.

Du und Dein Nachbar geht sofort zur Einzelzeichnung!

Wohnst du gründlich zu entscheiden. Der Haushaltungsvorstand hat den Wohnungswechsel rechtzeitig der für die alte Wohnung zuständigen Meldestelle (Fürorgestelle) mündlich oder schriftlich bekanntzugeben.

Kleines statistisches Taschenbuch der Stadt Breslau. Unter obigem Titel wird vom Statistischen Amt der Stadt Breslau ein Bändlein herausgegeben, das jedem auf alle wichtigen Fragen Auskunft gibt.



ALLES ZERMALMEN wird die imperialistische Kriegsmaschine. Zertrümmert den Moloch! Werbt und sammelt für das Volksbegehren.

Die fünf städtischen Warmbäder sind an den Sonntagen der Wintermonate, beginnend mit dem 7. Oktober, von 8-12 Uhr statt wie im Sommer von 7-11 Uhr geöffnet.

Weltbühne. „Gauener Liebeschen.“ Ein aus dem Zuchthaus entlassener Sträfling wird an seinem inzwischen zum Großindustriellen avancierten Gefährten zum Erpresser.

Oktober-Spielplan der Volksbühne. Für die Thalia-Theater-Gemeinde wird bis 19. d. M. „Der Prozeß Mary Dugan“ gegeben.

Für die Reihe der zehn Sinfoniekonzerte der Schlesischen Philharmonie, die für diesen Winter unter Leitung von Kapellmeister Behr im großen Saale des Konzerthauses vorgesehen sind.

Achtung, Jungarbeiter!

Sämtliche arbeitslosen Mitglieder der Roten Jungfront und der KJVD. treffen sich täglich 9 Uhr früh im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, zur Propaganda für den Volksentscheid.

Werttätige Frauen!

Am Mittwoch, 19.30 Uhr, findet im „Weslytschloß“, Westytschloß, eine Versammlung der werttätigen Frauen statt.

An die Einwohner von Oswitz! Am Mittwoch, 20 Uhr, findet bei uns in Oswitz eine öffentliche Versammlung statt.

Mittelschlesien

Ohlau. Die Empörung gegen Panzerkreuzerbau darf nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben. Jeder muß sich an dem Volksbegehren beteiligen und sich in die Listen einschreiben.

Strehlen. Öffentliche Versammlung. Am Donnerstag um 20 Uhr findet in der „Stadt Breslau“ eine öffentliche Volksversammlung statt.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau. — Stadtteil Nord. Mittwoch 18.30 Uhr Antreten Parteimitglieder. — Stadtteil Nordost. Mittwoch 16 Uhr treffen sich sämtliche arbeitslosen radsahrenden Genossen Laurentiusplatz.

Advertisement for film screenings: 'Für unsere Jugend von der Filmzensur freigegeben! Das große Lustspiel Die lachende Grille'.

